

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846

86 (2.7.1846)

Die Landtagszeitung
besteht aus einem Abon-
nement von 150 Num-
mern und kostet 3 fl. 48 fr.
Durch die Post bezogen
4 fl. 48 fr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem
nächstgelegenen Postamte,
in Karlsruhe bei Malsch
und Vogel, von welchen
das Blatt auch im Buch-
händlerwege zu beziehen
ist.

[Nr. 86 u. 87.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1846.

[2. Juli]

Herausgegeben von dem Abgeordneten Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Schluß der Discussion über den Vereins- zolltarif.

Peter *). Meine Herren! Nach der Natur meiner bisherigen Berufsbeschäfte ist wohl nicht zu erwarten, daß ich in der Materie, die jetzt zur Berathung vorliegt, irgend eine nähere Kenntniß besitze; dieses hindert jedoch nicht, daß die Sache in ihren Hauptzügen, daß die leitenden Grundsätze mir vollkommen verständlich sein können. Der mit ausgezeichnete Gediegenheit bearbeitete Commissionsbericht, so wie vortreffliche im Laufe der bisherigen Debatten vorgekommene Ausführungen haben die hier einschlägigen Verhältnisse in solcher Klarheit dargestellt, sie haben so einleuchtende Wahrheiten ausgesprochen, daß auch der weniger Eingeweihte sich in den Stand gesetzt sieht, ein Wort mitzureden und wenigstens allgemeyne Bemerkungen einzuflechten: Im Lande Baden wird wegen seiner Lage, und wegen der Beschaffenheit seines Bodens der Landbau immerhin den Hauptnahrungsstand ausmachen; allein hier, wie anderwärts kann die Landwirthschaft ihre ganze Bedeutung, ihren vollen Werth doch erst erlangen durch ihre Verbindung mit dem Handel und der Industrie, mit welchen sie in so vielfacher wechselseitiger Beziehung steht. Eine Verbindung solcher Art ist es eben, aus welcher England jene unermesslichen Mittel schöpft, durch deren Wirkungen es bisher die Welt in Erstaunen setzte. Die Fabriken, auf die im Commissionsbericht erwähnte Weise in den Landesgegenden vertheilt, und durch ein Gesetz überwacht, welches für die humane Behandlung und die Gesundheit der darin beschäftigten Arbeiter sorgt, können für die Bewohner nur eine Quelle des Glückes und des Wohlstandes sein. Aber Handel und Industrie bedürfen eines billigen, und deshalb eines besseren, eines kräftigern Schutzes, als ihnen bis jetzt in Deutschland zu Theil geworden ist. Sicher würden die Dinge schon heute eine andere Gestalt haben, wenn sachkundigen, mit dem öffentlichen Vertrauen beehrten Männern aus dem Handelsstande selbst ein angemessener Einfluß auf die Verwal-

tung der Zollvereinsangelegenheiten eingeräumt worden wäre. Darin also muß es anders werden. Bei unsern guten Freunden, den Engländern, dürfen wir uns hierin freilich nicht Rathes erholen. Nachdem ihnen das System der Verbote und Eingangszölle alle Dienste geleistet hat, die sie wünschen mochten, fangen sie an, uns von einem Freihandelsystem zu sprechen und zu predigen. England hat aber sein altes System nur soweit aufgegeben oder modificirt, als sein eigenes wohlverstandenes Interesse ihm zur Nothwendigkeit machte; seine hohen Zölle für diejenigen Artikel, in welchen eine ausländische Concurrenz von ernstlicher, für England nachtheiligen Bedeutung werden könnte, hat es schön beibehalten. Dabei seine unermessliche Seemacht, seine ungeheure Marine, und jetzt noch die große Maßregel der Aufhebung der Kornbill, wodurch der Preis der Lebensmittel in England wesentlich herabgesetzt und somit der englischen Industrie über jedes des Continents ein neuer entscheidender Vortheil verschafft wird! Und nun erwartet England von der Gutmüthigkeit, von der Kurzsichtigkeit, oder wohl gar von der Dankbarkeit der Deutschen — der von England doch gehörig ausgebeuteten Deutschen — daß sie dem Freihandelsysteme auch ferner treu bleiben, und sich die Gedanken an Schutzzölle für Gegenstände der deutschen Industrie nur aus dem Sinne schlagen werden! Nein, wahrlich, so groß ist denn doch nicht die deutsche Zärtlichkeit für England; so unheilbar ist doch nicht unsere Verblendung über unsere eigenen vaterländischen Interessen; und so weit geht bei uns hoffentlich nicht das pflichtwidrige Vergessen der Noth so vieler Tausende von deutschen Arbeiterfamilien! Möge die großherzogliche Regierung, gestützt auf das Urtheil patriotischer Sachkundigen, und auf das dringende Verlangen des badischen Volkes, ihre angestregten Bemühungen stets dahin richten, daß dem deutschen Handel und der deutschen Industrie, für diejenigen Zweige, welche es nöthig haben, endlich ein kräftiger Schutz zu Theil werde! Was insbesondere den Tarif betrifft, so werden wir in dieser Kammer so ziemlich darüber einig sein, daß er in mehreren Beziehungen billiger gestellt und sorgfältiger ausge-

*) Von hier an fand die Discussion in der 24. Sitzung statt.

arbeitet sein sollte, daß namentlich für Waarenartikel aus dem nämlichen Stoffe der Anschlag des Eingangszolls in dem Verhältniß höher zu bestimmen wäre, als auf die Waare schon Kunstarbeit verwendet, und also der darauf im Inland möglicherweise noch zu verdienende Arbeitslohn geringer ist.

Knapp zweifelt, daß durch die Anträge der Commission, wenn sie erfüllt würden, allgemeine Zufriedenheit erzeugt werde, fürchtet von der Aufhebung der Kornbill eine Theuerung, und will, daß man diejenige Industrie schütze, deren Stoffe im Lande erzeugt werden (Rübenzucker, Leinengewebe). Diejenigen, welche am meisten von der Noth der Industrie sprechen, bedienen sich in der Kleidung, in Küche und Keller, englischer und französischer Stoffe; selbst die Frauen der Fabrikanten würden sich herabgewürdigt fühlen, wenn ihre Kleider aus deutschen Stoffen gemacht wären. Dieselbe Bewandniß hat es mit dem Wein. Der vaterländische Wein ist ihnen nicht gut genug, und wenn sie denselben auch trinken, so muß zum Schluß doch noch ein französisches Getränk her. Jedes deutsche Fest macht uns dem Ausland zinsbar, und warum? — Weil man gewöhnt ist in fremden Stoffen zu erscheinen, und zum Schluß ausländischen Wein trinkt, — sogar bei den Deputirtenwahlen. An den Industriellen und ihren Familiengliedern ist es vorzugsweise, den fremden Modeton zu verdrängen und den deutschen anzugeben, — denn wenn nicht im Allgemeinen eifrig dahin gewirkt wird, daß wir auf unsere eigenen Produkte Werth legen, so werden wir es noch lange nicht zum gewünschten Ziel bringen. Ich wünschte, daß sich ein Verein bildete, daß fortan nur Kleider aus deutschen Stoffen getragen würden, daß es künftig nur deutsche Küche und deutsche Keller giebt. Mit Recht ist gestern ausgeführt worden, daß es an der Zeit sei, dahin zu wirken, daß die zur Zeit noch ausgeschlossenen Theile Deutschlands zum Beitritt zu dem Zollverein gezwungen werden. Die Hansestädte sind das Depot fremder Fabrikate, zum Ruin von ganz Deutschland, darum wird es auch an uns sein, sie durch Repressalien zum Anschluß an den Zollverein zu zwingen.

Wassermann. Der Abg. Knapp hat einen Theil dessen wiederholt, was der Abg. Matby gestern vortrug, nämlich die Aufforderung an den Patriotismus, daß man sich statt ausländischer nur deutscher Stoffe bedienen solle. Diese Aufforderung ist gerecht bis auf Ein Fabrikat. Es giebt nämlich ein Getränk, das zwar auch im Inland fabrizirt wird, das man übrigens entbehren kann, und in den meisten Fällen auch entbehren sollte. Aber wer dasselbe doch genießen will, dem kann man nicht verübeln, wenn

er den Champagner von Epernay dem von Appenweier vorzieht. (Allgemeine Heiterkeit im Saale und auf den Gallerien). Uebrigens habe ich mich in der Absicht erhoben, eine Frage an den Herrn Präsidenten des Finanzministeriums zu stellen. Man hat gestern mit Recht anerkannt, daß das Ziel des Zollvereins besonders nur dann erreicht werden kann, wenn die Binnenzölle, die Ausgleichungssteuern fallen. Unter diesen sind zwei, von denen das Großherzogthum Baden hart betroffen wird, die Abgaben von Tabak und Wein. Bei der Ausfuhr von Wein nach Preußen ist sie die härteste. Es ist darüber bereits eine Motion von dem Abg. Rindeschwender angekündigt worden, und ich will deshalb nicht weiter in das Materielle der Sache eingehen. Ich glaube aber, daß die Regierung vollkommen durchdrungen sein dürfte von der Ungerechtigkeit dieser Abgabe, und daß sie einverstanden sein wird mit den Weinproduzenten und Weinhändlern des Landes, daß dahin gewirkt werden sollte, diese Ausgleichungssteuer zu ermäßigen. Die Mannheimer Weinhandler haben im Verein mit den Weinproduzenten die Regierung gebeten, sich bei der Zollconferenz für Herabsetzung der Ausgleichungssteuer zu verwenden. Nach dem Protokoll ist aber kein solcher Antrag gestellt worden. Da es möglich wäre, daß sich die Begründung und Verathung der Motion des Abg. Rindeschwender verzögerte, bis die jetzt wieder versammelte Zollconferenz zu Ende sein wird, so erlaube ich mir, jetzt schon die Regierung zu fragen, ob sie nicht Vorsorge getroffen hat, daß bei der demaligen Zusammenkunft der Gegenstand auf Herabsetzung der Steuer zur Sprache komme.

Staatsrath Regenauer. Die Regierung hat bei der Prüfung der Petition die Ueberzeugung gewonnen, daß die Steuer, dem Grundsatz nach, gegründet, übrigens in ihrer demaligen Höhe zu groß sei. Es sind darum von ihrer Seite Schritte geschehen, um bei der Generalconferenz einen Antrag auf Ermäßigung zu stellen.

Wassermann. Ich danke für diese Auskunft und glaube, es wird wenigstens beruhigen, daß von unserer Seite geschehen ist, was geschehen konnte.

Buss. Ich müßte heute, wenn mich auch nicht der hochwichtige Gegenstand selbst schon zur Theilnahme an der Erörterung bestimmte, sprechen. Ich bin in der vorliegenden Sitzung zum Wort citirt worden. Ich habe die Aufforderung angenommen: ich will, ich werde sie ehren. In der Frage, die uns beschäftigt, besteht ein Kampf zwischen den Anforderungen unserer deutschen Zustände und zwischen der Wissenschaft, ich meine einer „einseitigen Ausbildung“ der Wissenschaft. Die Wissenschaft von der Staatswirth-

schaft hat, in ihrer Ausbildung im letzten Jahrhundert, ganz das Loos der Staatswissenschaften überhaupt getheilt. Es hat in ihr ausleerende und ausgeleerte Abstraction gewaltet und verwüset. So auch in der Wissenschaft von der öffentlichen Wirthschaft. Man sprach von Werth und Preis, von Kapital und deren Arten, von Mitwerbung, aber nicht in Bezug auf Wirklichkeiten des Lebens, sondern auf Abstraction.

Diesen Hohlheiten setzte sich das Leben mit seiner Noth entgegen, aber, wie die Noth ist, grob und derb, jedenfalls aber erfahrungsgemäß. Beides einseitig. Das höhere Vermittelnde ward nicht gefunden, nicht einmal gesucht. Fassen wir nun die öffentliche Wirthschaft in's Auge, und fragen nach ihrem leitenden Grundsatz, sofern es die heute der Erörterung vorliegende Frage betrifft, so ist es die Freiheit des Handels: denn die wirthschaftliche Arbeit, von welcher der Handel nur ein Zweig ist, ist eine Aeußerung der Freiheit der Menschen, in Beziehung auf die zu bearbeitende Natur. Allein keine Freiheit ist unbeschränkt. Die Handelsfreiheit ist das zu erringende Ziel: die Gleichheit der Handelsfähigkeit und Handelsgelegenheit der im Verkehr mit einander begriffenen und mitwerbenden Völker ist die Vorbedingung. Da hat sich aber die oberflächliche Auffassung sofort wieder eingestellt, und auf die allein vorzuliegen scheinende Ungleichheit den Grundsatz der Prohibition gebaut. Beide Richtungen sind falsch: man muß sich über beide hinaus stellen. Und das System, das dann entsteht, das ist das wahre System der Wissenschaft, es ist das System, das den gegenwärtigen Bedürfnissen Deutschlands zusagt, es ist — und es freut mich, das erklären zu können — das System des Zollvereins. Dieser, abgewandt ebenso unbegrenzter Handelsfreiheit, als eigensüchtigen Handelsbeschränkungen, wählte den Weg einer geschützten, wirklichen Handelsfreiheit. Es ist der Zollverein die Schöpfung der gereiften Wissenschaft und der öffentlichen Wirthschaftsbedürfnisse Deutschlands. Wie er eine organische Ausgleichung entgegengesetzter Ansprüche ist, so hat er die historisch nach einander folgenden Formen der Ausbildung der Wirthschaft, im Landbau, im Handel, im Gewerke ausgeglichen und zusammen gefaßt. Der Zollverein sucht die Handelsfreiheit, aber nicht die unbedingte, die allgemeine; sondern die auf die gegebenen Verhältnisse bezogene. Und da die deutsche Industrie eine erst erwachende und sonach zu erziehende ist, so muß sie einen Schutz haben, nicht einen schwankenden, einen halben, nein — einen vollen, ausreichenden; allein der Schutz darf nicht weiter gehen, als die Möglich-

keit der Mitwerbung es erfordert. Sonst bringt er statt Freiheit das Gegentheil, das Monopol.

Daher ist das Smith'sche System so streng zu verwerfen, als das prohibitive und das gemäßigte Prohibitivsystem, das sich als nationales geltend macht. Es ist ein organisches System an ihre Stelle zu setzen. Der Redner entwickelt sodann, in welchem Gleichgewicht die drei Hauptzweige der Arbeit: der Landbau, die Industrie, der Handel zu einander stehen, in Deutschland, in Baden. Er zeigt aus den wirthschaftlichen Zuständen der Gegenwart, in Frankreich, England und andern Ländern, welche wirthschaftlich auf Deutschland einwirken, daß ein starker Zollschutz für die deutsche Industrie eine Nothwendigkeit ist; er zeigt den mächtigen Einfluß der Peel'schen Reformen auf die industriellen Geschicke Deutschlands; zeigt die vielseitigen Gegenwirkungen des Auslands gegen die Erstarkung des Zollvereins. Er stellt den Grundsatz auf: die Zollgesetzgebung müsse, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, mit der Nationalindustrie fortschreiten. Er begründet diesen Satz. Er zeigt, daß die Industrie ein organisches System der nationalen Arbeit sei, bestimmt durch den natürlichen Beruf, die geographische Lage, die örtliche Gelegenheit, die hergebrachte Gewerbligkeit, Kapitale; dieser Organismus der Arbeit entwickelte sich nach bestimmten leitenden Gesetzen, und in der Berührung mit den Wechselwirkungen anderer industriellen Länder. Deshalb müsse auch der Zolltarif eine gewisse organische Geschlossenheit haben. Ein Zolltarif komme ihm vor, wie ein naturgeschichtliches System mit allen seinen Eintheilungen und Unterabtheilungen. In den Anfängen der Wissenschaft bringe man es nur zu künstlichen Systemen; später folgten die natürlichen. So sei es auch mit den Tarifen. Die Entwerfung eines gründlichen Zolltarifs sei die schwierigste Aufgabe der Finanzwissenschaft und Finanzpolitik. Der Tarif des Zollvereins zeuge noch von der Jugend des Zollvereins. Es herrsche darin noch die merkwürdigste Begriffsverwirrung. So z. B. werde darin das Roheisen als Rohstoff aufgeführt. Rohmaterial für die gesammte Eisenhütten-Industrie seien die Erze; Roheisen dagegen sei Fabrikat im ersten Stadium der Vercelung; ähnlich haben die Sachsen das Baumwollengarn als Rohstoff für die Baumwollenindustrie erklärt, während dies doch nur Baumwolle sei. Das seien keine Begriffsipaltereien der Schule, sondern sie wirken schwer auf das Wohl und Weh der Gewerbligkeit. Der Redner zeigt dies an den Eisenzöllen. Er fordert, daß im Tarif Gruppen der Rohstoffe und der Fabrikate ausgeschieden, und nach der Verwandtschaft verzollt werden. Er zeigt, daß je vollendeter,

je künstlicher die Arbeit eines Fabrikats sei, desto höher der Zoll sein solle, um der vaterländischen Arbeit Verdienst zu gewähren und die Industrie zu veredeln. Er zeigt, daß ohne die genaueste industrielle und commercielle Statistik es gar nicht möglich sei, Revisionen des Tarifs, die zweckmäßig seien, zu entwerfen. Er wünscht vorzugsweise den Schutz solcher Industriezweige, für welche der Rohstoff im Inland erzeugt werde, z. B. Linnen. Er zeigt sodann, wie vorzugsweise die vier großen Gewerbe in Wolle, Baumwolle, Linnen und Seide zu schützen seien, wie sie einen Schutz bedürfen, der zureichend und nachhaltig sei, aber nicht über das Maß und nicht über die Zeitdauer hinaus, wo das Bestehen der Mitwerbung ermöglicht ist. Er widerlegt die Einwände, daß durch einen solchen starken Zollschutz die Interessen der Zehrer verletzt werden; er zeigt, wie eine blühende Industrie hebend auf den Landbau zurückwirke. Er begehrt namentlich auch eine Erhöhung der Eisenzölle, da die Eisenhüttenindustrie ein für Deutschland angezeigtes Gewerbe sei; er zeigt, wie durch die Erhöhung des Zolls auf geschmiedetes und gewalztes Eisen die Walzwerke in Rheinpreußen und Rheinbaiern einen so raschen Aufschwung genommen, daß während noch vor kaum 1½ Jahren die Engländer Deutschland mit Schienen überschwemmt, jetzt sie den gesammten Bedarf in Eisenbahnschienen liefern. Der Sprecher zeigt, daß die süddeutschen Regierungen um so entschiedener die Bahn der Erwirkung eines ausreichenden Zollschutzes einhalten sollen, als das mitwerbende Ausland entschädigende Zugeständnisse beharrlich verweigere. Namentlich solle man keine Zärtlichkeit für England hegen, sondern dieser männlichen Nation, welche lediglich durch einen folgerichtigen starken Zollschutz ihre Industrie so groß gezogen habe, männlich entgegen treten.

England in seiner gewerblichen und Handelsficherheit wird nach dem Durchgehen der Kornbill nicht mehr seinen Kornbedarf aus den Ostseeländern beziehen; in der Weite seiner Handelsbeziehungen wird es sein Getreide aus Odessa und aus seinem Canada holen. Deutscher Landbau hat da wenig mehr zu hoffen; seine Sorge gebietet hier wenig Schonung Großbritanniens. Die Arbeiter Englands erhalten durch die Kornbill Peel's wohlfeileres Brod; das wird unter gewissen Verhältnissen die Arbeitslöhne herabdrücken; nur dann nicht, wenn Arbeit in Menge sich bietet, sicher aber dann, wenn das entgegengesetzte Verhältnis sich einstellt. Diese geringern Arbeitslöhne waren aber das Einzige, was der deutsche Gewerbefleiß gegenüber dem britischen voraus hatte. Schwindet auch dieser Unterschied noch, so ist die Mitbewerbung Englands für uns überwältigend.

Denken Sie an Englands Lage, wie es allen Theilen der Erde als Insel auf den großen Straßen der See zugewandt liegt; mit den glücklichsten Seestationen; wie auf eigenem Boden die Natur ihm die Kohle neben das Eisen legt; wie der praktische sehnige Sinn des Volks es zum König der Arbeit und dadurch zum Beherrscher der Erde beruft, wie die ausschließliche Neigung des Volks, die Alles, was es will, ganz will und durchsetzt, so auch diesen Beruf voll ergreift; denken Sie an die kolossalen Kapitale, die in diesen Betrieben dort kreisen, denken Sie an die säculäre gewerbliche Uebung, die diesem Volke eignet, an das durchlaufende wirthschaftliche Gepräge, welches die ganze Gesetzgebung dieses Volkes durchgreift, an die tausendfältigen organischen Hilfsanstalten der Gewerblichkeit, welche dieses Volk in sich aufgefäßt, und in alle Welt hinausstellt — denken Sie diese Macht der Verhältnisse, diese Anlagen, diesen gesammelten Willen, diese Uebung — und die Industrie Deutschlands erscheint wie ein Kind gegenüber dem erwachsenen Riesen.

Deswegen verlange ich einen Schutz für die deutsche Industrie, nicht bloß einen mäßigen, der die Industrie zwischen Leben und Sterben läßt, nein — einen v o l l a u s r e i c h e n d e n — der aber mit der gewonnenen Selbstmächtigkeit des deutschen Gewerbefleißes stufenweise wieder zurücktrete. Ich wünsche, daß eine verlässige Gewerbe- und Handelsstatistik die Bewegungen auf diesem Felde treu angebe, damit die Gesetzgebung sich anschließen.

Man hat den so gehobenen Gewerbefleiß als den Quell nationalen Bewußtseins bezeichnet; der Hr. Abg. Christ hat diese Seite gestern glücklich behandelt. Ich begrüße jeden Pulsschlag der sich erhebenden nationalen Gesinnung des deutschen Vaterlandes mit Stolz und Hoffnung. Aber nicht auf dem Boden wirthschaftlicher Belange allein erhebt sich die Nationalität; diese erzieht vielmehr jene. Die Pfleger der Nationalität sind die höhern religiösen, sittlichen, geistigen Interessen. Diese will ich vor Allem gepflegt wissen.

Bis jetzt wird in dieser Discussion selbst die andere Seite des Hauses mit meiner Darstellung zufrieden sein, allein ich wäre der Sendung untreu, zu welcher mich das Volk, mein Gewissen, die Noth der Zeit und die öffentliche Meinung berufen hat, wenn ich in diesem Hause nicht die höhern geistigen religiösen und sittlichen Interessen auch in der vorliegenden Frage vertreten würde. Ich werde selbst für den Schutz deutscher Industrie sprechen, wenn ich die deutsche Nation aufrufe, sich als moralischen Riesen dem wirthschaftenden Riesen Englands entgegen zu stellen.

Man hat mir in der vorletzten Sitzung von der entgegengesetzten Seite des Hauses vorgeworfen, als ich zur

Einderung des Volkes und zur Ausgleichung der ungleich besteuerten Vermögen und Einkommen eine Kapitalsteuer forderte und gegen die uns immer mehr umstrickende Geldmacht Schutz des Volkes verlangte, ich wolte die Herrschaft des Krummstabs zurückführen; man hat mich an die „Klostersuppe“ erinnert; man hat mir meine angebliche „Poesie der Patriarchalität“ gerügt. Meine Herren, ich will für die Kirche keine Herrschaft; aber ich will für sie die Freiheit, damit sie in unsern Tagen der Verwirrung, in den neuen Zuständen die Wohlthaten wieder übe, welche sie früher der Menschheit geboten, und die nur der Unbann der Unwissenheit verkennt. Die „Klostersuppe“ aber nähmen in unsern Tagen des gepriesenen Glückes Viele, die seit Wochen in unserm Vaterland kein Brod genossen; nicht nur Arme, selbst Wohlhabende.

Der Herr Abg. Buhl hat mir die Poesie der Patriarchalität gegenüber dem Glück der Fabrikindustrie vorgehalten. Ich möchte den Herrn Abgeordneten gegenüber nur auf einen Tag in die Kohlenruben Englands senden — er würde geheilt sein. Nein, meine Herren, gegenüber den großen Zugeständnissen, welche ich der deutschen Industrie gemacht wünsche, habe ich Forderungen geltend zu machen. Die Fabrikanten wollen Schutz gegen übermächtige Mißbewerbung; ich wünsche ihn. Aber ich verlange auch Schutz vieler edler Interessen gegen die übermächtige Concurrenz unserer Fabrikanten. Ich verlange gleichen Schutz für unsern Landbau — die Sehne unserer Kraft — ich verkenne nicht, welche Sorge ihm getragen wird, doch ist die Gesetzgebung über den Landbau bei uns nicht nur nicht in dem Verhältniß der Bedürfnisse vorgeschritten: sie ist hinter der unseres unvergeßlichen Karl Friedrich zurück. Ich verlange Schutz gegenüber den Fabrikanten für die Handwerker, denen die Uebermacht des Kapitals täglich ihren Boden dadurch schmälert, daß eine Menge handwerklicher Arbeit jetzt fabrikmäßig betrieben wird. Unsere Bauern und Handwerker sind unsere Stärke. Ich verlange eine höhere Besteuerung der so geschügten Fabriken.

Ich verlange vor Allem aber einen Schutz desjenigen Theils der Bevölkerung, welcher an die Geschicke der Industrie geknüpft ist — ich verlange ihn, damit nicht auch bei uns jene neue Veibeigenschaft der Fabrikation entstehe, welche uns in Ländern hochentwickelter Industrie mit Trauer und Schrecken erfüllt. Ich fordere Schutz der Fabrikarbeiter in ihren wirthschaftlichen Verhältnissen, damit sie nicht bei jeder der sich so rasch folgenden industriellen Krisen auf's Pflaster gesetzt werden — ich fordere Schutz gegen die Gefahren der Gesundheit dieser Menschen. Ich fordere Schutz in den rechtlichen Ver-

hältnissen der Fabrikarbeiter gegen den Fabrikherrn. Ich fordere Schutz für ihren Unterricht und Ausbildung — ich fordere Schutz für ihre Sittlichkeit, da in vielen Fabrikgegenden eine wahre Prostitution diese Generation entwürdigt — ich fordere Schutz für die Pflege ihrer Religiosität.

Ich fordere im Namen Gottes und der Menschheit Schutz für diesen Theil unseres Volkes, damit nicht von dem lockigen Kind an, das man schon mit drei Jahren zum Wickeln des Baumwollengarns in die Fabrikstube setzt, bis zum schnell reisenden Greis eine gräßliche Verthierung stufenweise hindurch treibe. Ich fordere Schutz für den Staat, der nur auf sittlicher Grundlage gedeiht. Ich fordere Schutz für die moralische Grundeigenschaft der Nation, welche nicht durch eine einseitige und ungesunde Entwicklung gewerblicher Verhältnisse gefährdet werden soll.

Meine Herren! Sie haben den Geist deutscher Nationalität in dieser Frage angerufen. Ich rufe ihn auch an. Das deutsche Volk ist ein großes, es ist ein gedankenreiches, ein sittliches, ein gläubiges, ein arbeitsames Volk. Schaue ich in seine Brust — seine vergangene Größe, seine Größe der Zukunft spricht mich mächtig an. Wir gehen mächtigen Entscheidungen entgegen; jedes Volk rüstet sich. Es nimmt seine Stelle. Unser Volk war einst der Schiedsrichter der Welt. Das Gleichgewicht seiner Fähigkeiten, die Sittlichkeit seines Wirkens hat es dazu berufen. Legen wir zu unserer geistigen Größe auch die wirthschaftliche — diese aber von jener beherrscht — so ist das deutsche Volk in der Zukunft, was es war, der Schiedsrichter der Welt. Wollen wir es!

Den nüg. Das Beste an dem uns zur Genehmigung vorliegenden Zolltarife ist unstreitig das, daß er nur provisorisch ist, daß er nicht die Bestimmung hat, für die sonst übliche Dauer von drei Jahren in Kraft zu bleiben. Es ist dies ein Trost, der bei seinen sonst anerkannten Mängeln der bedrängten Industrie noch übrig bleibt, und wir wollen hoffen, daß die Erwartungen, die jetzt auf's Neue auf die Berliner Conferenz gerichtet sind, nicht abermals so bitter getäuscht werden. Unsere Regierung aber, die im Vereine mit den Kronen Württemberg und Baiern die Interessen des vaterländischen Gewerbfleißes mit so vieler Umsicht und Festigkeit vertheidigte, möge in der Anerkennung und dem Danke Aller, die es mit dem vaterländischen Gewerbfleiß wohl meinen, eine Aufforderung finden, durch die bisherige Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen sich nicht wankend machen zu lassen, und auch bei der Berliner Conferenz dahin wirken, daß endlich ein anderer

Tarif zu Stande komme, der die gerechten Forderungen des deutschen Gewerbfleißes befriedigen kann.

Mez. Es steht im Bericht, daß wir gesetzliche Bestimmungen und Regelung der Industrie verlangt haben. Was der Abg. Buss von seinem Standpunkt aus begehren zu müssen geglaubt hat, ist also von der Commission bereits verlangt, er war also nicht der Erste, welcher das Begehren stellte.

Buss. Mag ich auch der Letzte sein, wenn nur vollzogen wird, was ich will.

Buhl. Wie verschieden auch die politischen Ansichten Derer sein mögen, die hier sitzen, bei dieser Frage zeigt es sich, daß Alle mit einander Hand in Hand gehen, wo es gilt, die Interessen der deutschen Nation zu fördern. Es ist dieses eine schöne, eine erfreuliche Erscheinung. Der von mir erstattete Bericht ist nur theilweise angegriffen worden, und zwar aus Mißverständnis. Von der Regierungsbank ist mir entgegen gehalten worden, die ausgedehnte Einmischung der Bureaucratie, oder die nachtheilige Einwirkung gegen die Interessen der Nation, welche der Bureaucratie in der Zollfrage zugeschrieben wird, sei eine irrige Ansicht, die Bureaucratie sei nur ein Phantom! — Das ist aber ein mächtiges Phantom, das gewaltig spuckt, das eben doch in der vorliegenden Frage ein wesentliches Hinderniß ist gegen die Wünsche der Landwirthe, der Industriellen und der Kaufleute. Man hat es eine Abschweifung genannt, daß ich auch die politische Seite der Frage hereingezogen habe. Nun, meine Herren, ich möchte doch wissen, ob es wohl eine Frage giebt, welche für die staatswirthschaftlichen Verhältnisse und damit gewiß auch für die Politik von größerer Bedeutung ist, als die vorliegende. Ich glaube, daß gerade der politischen Seite von Denjenigen, welchen die Entscheidung zusteht, die meiste Rechnung getragen werden sollte. Es ist anzunehmen, daß auch die Befürchtung vor etwaigen Störungen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland durch Annahme eines guten Zolltarifes vielleicht einiges Gewicht in die Waagschale geworfen haben könnte von der Seite, von welcher aus man sich der Annahme eines andern Zollsystems entgegensetzt. Ich muß bemerken, daß man bei den gegenwärtigen Verhältnissen Englands zu Amerika und zu Deutschland den Weg in's Auge fassen muß, den England nach Ostindien zu nehmen hat. Vielleicht dürfte dann die Befürchtung vor einem Bruch zwischen Deutschland und England sich mindern.

In Beziehung auf die materielle Seite der Frage ist wenig mehr anzuführen, nachdem so ausgezeichnete Redner von beiden Seiten dieses Hauses das Wort ergriffen haben.

Nur einzelne Momente der Gegner eines angemessenen Schutzesystems will ich noch widerlegen. Man sagt nämlich, wenn durch Annahme eines Zollschutzesystems — ich nenne es Zollaussgleichungssystem — einzelne Industriezweige in eine besonders günstige Lage gebracht werden, so würden die Kapitalien, die bei anderen Erwerbszweigen angelegt sind, diesen entzogen und den begünstigten Industriezweigen zugewendet werden; jene würden dann Noth leiden zu Gunsten der neu zu errichtenden oder auszudehnenden Industriezweige. Wenn man die Sache oberflächlich betrachtet, so hat dieser Einwand allerdings Etwas für sich. Es werden die neu zu errichtenden oder auszudehnenden Industriezweige durch Kapital und Arbeit in's Leben gerufen und durch Arbeitskräfte unterhalten werden. Allein, man muß dabei auch in Betracht ziehen, daß alsdann von den inländischen Kapitalisten das Geld, welches sie im Ausland angelegt haben, zurückgezogen und für Gewinn verheißende Industriezweige verwendet werde. Eben so ist anzunehmen, und die Erfahrung hat es gezeigt, daß auswärtige Kapitalisten und Fabrikanten, wenn wir das Gedeihen der Industrie sichern, in unseren Vereinstaaaten Etablissements errichten werden, besonders solche Industrielle, die den Hauptabsatz ihrer Fabrikate nach unserem Lande haben. Wir sehen, daß bereits mehre Schweizerhäuser an der Gränze solche Fabriken angelegt haben. Ich bin vollkommen überzeugt, daß deren noch mehr werden angelegt werden, sobald wir ein wirkliches Zollschutzesystem annehmen. Die Gegner der Annahme eines Zollschutzesystems führen immer die Schweiz an. Sie sagen, die Schweiz hat keinen Schutz und dennoch besteht sie bei ganz großer Concurrenz. Wenn man eine Parallele ziehen will zwischen der Schweiz und unserem Land, so sind zunächst in's Auge zu fassen die verschiedenen Verhältnisse zwischen der Schweiz und den Zollvereinstaaaten überhaupt, sodann die Steuerverhältnisse der Schweiz, ihre schon geübten Fabrikarbeiter, die bedeutenden Kapitalien und insbesondere ihre freien Institutionen. Es ist nicht zu läugnen, daß es auf die Arbeitsfähigkeit, auf die Spannkraft eines Menschen einen großen Einfluß übt, wenn er in einem Lande sich befindet, wo freie Institutionen sind. Sie finden, meine Herren, in der Geschichte, daß alle Länder, welche es in der Industrie weit gebracht haben, sich freier Institutionen erfreuten. Die Hansestädte und Nordamerika, welche in dieser Beziehung Riesenschritte gemacht haben, liefern Beispiele davon. Es ist bekannt, daß die Amerikaner mit Kühnheit den Engländern, welche die mächtigste Nation der Erde sind, entgegen traten, und die Engländer werden in Beziehung auf ihre Ansprüche ihnen nachgeben müssen.

Die vorliegende Frage ist aber auch bedeutungsvoll, wenn wir ihre soziale Seite in's Auge fassen. Es sind Gesellschaften zusammengetreten, es haben sich Vereine gebildet, welche sich an die Regierungen und durch diese an den deutschen Bund wenden wollen, um eine allgemeine Maßregel gegen die sogenannte Güterzertrümmerung herbeizuführen. Nun, auf welche unnatürliche Weise müßte dies geschehen! Es wäre ein Eingriff in die bürgerlichen und Familienverhältnisse damit verbunden. Durch Annahme eines Zollschußsystems, durch die Ermöglichung der Gründung und Ausdehnung einer tüchtigen deutschen Industrie, die Beschäftigung genug hätte, welche das, was Deutschland brauchte, fertigte, würde man einer Güterzerstückelung in einer gewissen Zeit schon selbst vorbeugen. Sobald der Mann seine Rechnung nicht dabei findet, daß er seinen Acker mit der Haxe umarbeitet, so wird er in der Fabrik Erwerb suchen und in derselben dort dreimal so viel verdienen, als bei dem Feldbau.

Auch die Auswanderung ist eine bedenkliche Erscheinung und steht mit unserer Frage in Verbindung. Ein großer Theil der Auswanderer verläßt den heimathlichen Heerd, weil ihm die Verarmung bevorsteht, weil ihm keine Aussicht eröffnet ist, auf andere Weise als auf seiner Scholle Land, die sich aber nicht ausdehnt, Erwerb zu finden. Durch die Auswanderung verlieren wir doppelt — Arbeitskräfte und Kapitalien, denn nicht die Aermsten sind es, die das Vaterland verlassen, und zufolge von Nachrichten, die man mir mitgetheilt hat, soll die Summe der Kapitalien, die auf diese Weise im letzten Jahre nach Amerika gewandert sind, nach Abzug der Reisekosten 20 Millionen Thaler (35 Millionen Gulden) ausmachen. Wenn das so fort geht, so macht es sehr viel für unser Deutschland. — Schützen wir die Industrie, so werden wir das Land in die Lage bringen, noch viele Millionen Köpfe mehr ernähren zu können. Wenn wir die Arbeit schützen, ernähren wir die Leute, welche arbeiten können, und wer arbeitet, kann sich sein Brot verschaffen.

Endlich sind wir bei uns doch so weit gekommen, und ich freue mich darüber, daß keine Stimme sich gegen meinen obersten Satz erhoben hat — daß es eine Aufgabe der Kunst und der Wissenschaft ist, der Physik und Chemie, angewendet auf technische Zwecke, mit dem kleinsten Aufwand an Arbeit möglichst viel zu produziren. Es ist eine krankhafte Idee, die anderwärts existirt, es sei die Aufgabe, mit vielen Kräften wenig zu produziren, um möglichst viele Menschen beschäftigen zu können. Aber im Interesse der Vermehrung der Nationalkräfte mit möglichst wenig Arbeit

viel zu produziren, das ist es, worin uns England vorangeschritten ist. Meine Herren, ich gehe zum Schluß. Mit großem Aufwand erhalten die verschiedenen deutschen Staaten seit dreißig Jahren stehende Heere, um gerüstet zu sein, den Feind abzuhalten, der von Osten oder Westen kommen könnte. Die Gefahr einer Vereinigung dieser beiden wahrscheinlichen Gegner unseres Vaterlandes war meiner Ansicht nach noch nie größer als jetzt. Ich werde mich freuen, wenn man die ganze Nation bewaffnen möchte, um in der Zeit, wo diese Coalition stattfindet, mit Aussicht auf siegreichen Erfolg, den Kampf bestehen zu können. Aber es gibt noch einen andern Feind, dem wir die Thore des Vaterlandes bis jetzt geöffnet lassen. Dieser Feind verfolgt unsere Arbeiter bis in ihre Werkstätten. Er raubt ihnen den Ertrag ihrer Arbeit, er nimmt ihnen das Brod und bringt es dahin, daß unsere Familien das Vaterland verlassen müssen, um anderwärts ihren Unterhalt zu suchen, wo sie mehr geschützt sind. Diesen Feind können wir abhalten, ohne Aufwand an Kapital und Arbeitskräften. Die Armee, mit welcher wir ihn abhalten können, besteht in einem tüchtig ausgearbeiteten Zolltarif, das ist die Friedensarmee der Industrie, welche auch die Landwirtschaft fördert und daher auch von ihr mit Recht verlangt wird. Ich fürchte, es werden die Hoffnungen nicht befriedigt werden, die wir hegen, aber Niemand wird sich mehr freuen, als ich, wenn die nächste Zukunft mir Gelegenheit geben sollte, einzusehen, daß ich mich getäuscht habe, und daß Denjenigen, die an der Spitze der Nation stehen, wirklich die Interessen derselben am Herzen liegen.

Staatsrath Regenauer. Wir haben mit Ihnen anerkannt, daß ein kräftiger Schutz der Industrie nothwendig sei. Erkennen Sie auch mit an, daß, wenn andere Meinungen im Verein bestehen, sie hervorgerufen sind durch die Ueberzeugung, daß der gewährte Schutz hinreicht. Erkennen Sie mit uns an, daß vor Allem Noth thue, einen Vereinsgeist in allen Theilen herbeizuführen, und die Ansichten und die Ueberzeugung Anderer zu ehren und nicht zu glauben, daß sie durch niedrige Beweggründe hervorgerufen seien, die auch Sie nicht haben.

Hiermit wird die allgemeine Discussion geschlossen.

Karlsruhe, 1. Juli. In der heutigen (26ten) Sitzung wurde zunächst das Budget des Großh. Staatsministeriums (Bericht des Abg. Hecker) berathen. Eine längere Verhandlung veranlaßte der Antrag, eine Besoldungszulage von 500 fl. für ein Mitglied des Staatsministeriums nicht zu bewilligen; der Gegenantrag des Abg. Schaaff auf Bewilligung wurde mit 35 gegen 25 Stimmen verworfen. Der Titel für den Staaterath, wobei die Commission auf Ablehnung des Aufwandes angetragen, wurde ausgesetzt, weil der Gegenstand bei der Verhandlung über die Verordnung, durch welche der Staatsrath gegründet wurde, (in dem Bericht über die provisorischen Gesetze) zur Entscheidung kommen wird. Die Kammer schritt hierauf zur Berathung des Budgets für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (Bericht ebenfalls von Hecker). Der Abg. Christ kündigte an, daß er, um die Discussion nicht aufzuhalten, den Antrag, der deutschen Auswanderung eine nationale Richtung zu geben, den er hierbei vorzutragen beabsichtigte, nächsten Montag begründen werde. — Bei dem Titel: Gesandtschaften nahm Welcker das Wort, äußerte sich in ausführlichem Vortrage, dessen gediegene und gemäßigte Haltung allseitig anerkannt wurde, über die Ausweisung der Abgeordneten v. Jzstein und Hecker aus Berlin und den preussischen Staaten am 23. Mai 1845 und begründete folgenden Antrag:

„Die Großherzogl. Regierung wolle auf den geeigneten Wegen die zur Sicherung der deutschen Nationallehre und der Nationaleinheit wesentliche Erklärung der hohen deutschen Regierungen erwirken, daß die Anerkennung eines allgemeinen deutschen Nationalrechts für alle Deutschen, im Artikel 18 der Bundesakte, und insbesondere die Anerkennung ihres Rechts in jedem Bundeslande unter den gleichen gesetzlichen Bedingungen, wie die Landesbürger Grundeigenthum erwerben und besitzen, also auch, wie sich von selbst versteht, zu diesem Zweck das Land zu jeder Zeit betreten und ihr Eigenthum bleibend bewahren zu dürfen, auch das geringere, dennoch aber höchst wichtige Recht in sich schließe, daß jeder Deutsche unter Beobachtung der allgemeinen Landesgesetze in allen Bundesländern ungehindert reisen und zeitweise sich aufhalten dürfe.“

Der Abg. Peter fügte den weiteren Antrag bei: „Die hohe Kammer möge der großh. Regierung erklären, daß sie die zuversichtliche Erwartung hege, die großh. Regierung werde mit allem ihr zu Gebot stehenden Nachdrucke dahin wirken, daß in redlicher Anwendung des Art. 18 der deutschen Bundesakte die königlich preussische Ordre, welche der preussischen Gesandtschaft in Karlsruhe vorschreibt, einem nach dem deutschen Bundesstaat Preußen lautenden Reisepasse der Herren von Jzstein und Hecker das Visa zu versagen, zurückgenommen, und auf solche Weise auch die letzte an den Ausweisungsakt vom 23. Mai 1846 geknüpste Folge beseitigt werde.“

Da aus der Erklärung des Herrn Staatsministers v. Dusch zu entnehmen war, daß es der Regierung noch nicht gelungen sei, die Zurücknahme des Verbots gegen die beiden Abgeordneten, Preußen zu besuchen, zu erwirken, so beschloß die Kammer, in einer geheimen Sitzung den näheren Aufschluß zu vernehmen, welchen Herr Staatsminister v. Dusch in öffentlicher Sitzung zu geben Anstand nahm.

Nächste Sitzung: Freitag, 3. Juli. Fortsetzung der Discussion über das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten; Discussion über das Budget des Ministeriums des Innern (Bericht von Basser mann).

Als Beilage zur heutigen Landtagszeitung erhalten die Leser den Bericht der Petitionscommission zur Vorstellung und Bitte der deutschkatholischen Kirchengemeinden zu Pforzheim, Mannheim, Heidelberg und Durlach, die Gleichstellung ihrer staatsbürgerlichen und kirchlichen Rechte mit denen der übrigen christlichen Religionspartien im Großherzogthum Baden betreffend. Erstattet von dem Abgeordneten K i n d e s c h w e n d e r.